

Foto: transit/v. Polentz

EINLADUNG AN ALLE MITGLIEDER

Der DGB hat eine Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ in Auftrag gegeben. Die Verfasser stellen die Studie und ihre Ergebnisse auf einer Klausurtagung vor. Die Fakten sind differenziert zu beurteilen und zwingen uns alle zum Nachdenken.

Der Landesfachbereichsvorstand Medien, Kunst und Industrie lädt alle Interessierten ein, gemeinsam darüber zu diskutieren am Samstag, dem 5. November 2005 von 10 bis 15 Uhr, ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Tiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Raum Klee/Picaso, 7. Etage (Nähe Ostbahnhof).

MUSTER OHNE WERT

Wo Journalisten ausspioniert werden, schwindet die Pressefreiheit

Im Fall des in Potsdam erscheinenden Magazins Cicero wirbelt die Sache Staub auf. Noch-Innenminister Schily verteidigte öffentlich die staatsanwaltliche Durchsuchung in den Redaktionsräumen und im Privathaus eines Journalisten gegen „ein paar Hanseln“ von Kritikern. Doch Parteien, Politiker, Journalistenverbände, auch der Bundesverband der Zeitungsverleger protestieren und sehen die Pressefreiheit angegriffen.

Der Fall wird den Innenausschuss des Bundestages und den Rechtsausschuss im Brandenburgischen Landtag beschäftigen. Er ist allerdings nur das letzte Glied in einer Kette von ähnlichen Justizaktionen. Denn die „Razzia im Morgengrauen“ am 12. September in Potsdam und auf Valentinswerder folgte einem inzwischen leider allzu bekannten Muster: Die Ermittlungsbehörden kamen mit Großaufgebot und bezogen sich auf Vorgänge, die länger zurück liegen. Bereits im

April war ein Artikel in Cicero erschienen, der die Beziehungen des Terroristen Sarkawi zum Iran behandelte und in dem auch aus einem als geheim eingestuften Papier des Bundeskriminalamtes zitiert wurde. Offenbar weil man das Leck im eigenen Apparat nicht fand, beschlagnahmte man nun Festplatten, Adressdateien, Telefonverbindungsdaten und kistenweise sonstiges Material, im Fall des Journalisten Bruno Schirra insgesamt 100 Posten. Die Ermittler verhielten sich dabei, als seien sie „auf einem Flohmarkt der Raritätenentdeckungen“, wie der Cicero-Chefredakteur beklagt. Das vermisste BKA-Dokument wurde nicht gefunden. Das verwundert kaum. Auch bei den Durchsuchungen in den Redaktionsräumen und zwei Wohnungen von Machern der Zeitschrift anti atom aktuell in Dannenberg im August blieben die Ermittler in der Sache erfolglos. Nichts Belastendes fand man im Juli in Borchum, als zeitgleich drei Woh-

nungen von Akteuren des Internetportals Labournet Germany durchsucht und diverses Material beschlagnahmt worden waren. So war es auch im Juni, als der Staatsschutz wegen „Gefahr im Verzuge“ in den ersten Morgenstunden den Münchner junge-

Flohmarkt der Recherche-Raritäten

Welt-Korrespondenten Dr. Nikolaus Brauns zeitweise festnahm, sein Arbeitsmaterial durchsuchte und ohne richterlichen Beschluss Computer, Notebook, Handy, Terminkalender und zahlreiches andere mitnahm. Egal, ob die Durchsuchungen legal waren oder – wie im Fall von aaa – nachträglich sogar für rechtswidrig befunden wurden, das Ergebnis blieb stets: Die Redaktionen oder einzelne Journalisten wurden in ihrer Arbeit enorm behindert, wichtiges Arbeits- und Da-

tenmaterial wanderte im Original oder zumindest als Kopie in die Hände der Justiz. Die wertet die „Zufallsfunde“ dann nach Belieben weiter aus, obwohl ein kürzlich ergangenes Bundesverfassungsgerichtsurteil die sorgfältige Sichtung nach Verfahrensrelevanz fordert. Damit werde „der Vertrauensschutz von Informanten gegenüber der Presse und zugleich der grundgesetzlich garantierte Schutz der Presse vor staatlicher Gängelung und Willkür zerstört“, warnt die Deutsche Journalistenunion in ver.di mit Blick auf Cicero. Die dju hat in allen genannten Fällen gegen die Unverhältnismäßigkeit der Justizaktionen protestiert und kritisiert, dass der „angeblich strafrechtliche Anlass für die Durchsuchung nur als Vorwand für die Ausforschung des Redaktionsgeheimnisses“ verstanden werden könne. Die Pressefreiheit sei ein „latent gefährdeter Pfeiler der Demokratie“. Dass sich hier ein Trend abzeichnet, Journalisten offenbar gezielt ausspioniert und an die Kandare genommen werden sollen und womöglich weitere Schritte zur Einschränkung der Pressefreiheit geplant seien, befürchten auch andere Branchenkenner. **Nora Paunsdorff**

Es gibt mehrere Verlierer der Bundestagswahl, aber die eigentlich Blamierten sind die Meinungsforschungsinstitute, die in den Medien mit den veröffentlichten Umfrageergebnissen weit entfernt von dem tatsächlichen Wahlergebnis lagen. Dies zeigt, dass wir noch kein Berlusconi-Land sind und die mündigen Wählerinnen und Wähler trotz der vorgeblichen Allmacht der Medien noch selber entscheiden, wem sie ihre Stimme geben.

So gesehen hatte Frau Merkel Recht, als sie in CDU/CSU Wahl-Fernsehwerbespots sagte: „...dies ist keine Wahl wie jede andere“. Für die CDU/CSU ist dieses Ergebnis, gemessen an den durch die Meinungsforschungsinstitute im Vorfeld getroffenen Aussagen, auf die die eigenen Erwartungen begründet waren, eine herbe Enttäuschung. Schwarz-Gelb hat für einen Kurs gegen den Sozialstaat, gegen die abhängig Beschäftigten und gegen die Gewerkschaften keine Mehrheit erhalten. Rot-Grün hat zwar massiv an Wählerstimmen eingebüßt, aber trotz aller Vorhersagen die Meinungsforschungsinstitute Lügen gestraft. Der Versuch der SPD, sich in letzter Minute als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu profilieren und damit ihre praktizierte Politik u.a. mit der Agenda 2010 zu beschönigen, hat bei

den Wählerinnen und Wählern Früchte getragen. Auch die von der SPD in letzter Minute vorgenommenen Bekenntnisse zur Tarifautonomie, zur Mitbestimmung, zum Kündigungsschutz und zu einer realistischen Steuerpolitik haben nicht zu einem Erdbeben bei den Wählerinnen und Wählern

ben sich – im Gegensatz zu früheren Jahren – im Vorfeld und während des Wahlkampfes deutlich zurückgehalten, Aussagen für eine Partei zu treffen. Sie sind mit der Betonung der gewerkschaftlichen Forderungen im Wahlkampf „auf das Soziale kommt es an“ aufgetreten. Der

aufgegriffen; aber auch hier gilt: „Wir werden sie an ihren Taten messen“. Wenn man die Politik der PDS (Linkspartei) der letzten Jahre in Berlin mit Tariffucht, Privatisierung von Kitas und Kultureinrichtungen („Opernstiftung“) u.v.m. verfolgt hat, steht die Frage, ob der „west“-deutsche Teil (WASG) der Linkspartei hier als Korrektiv in der politischen Zukunft dieser Partei wirken kann. Erstaunlich ist das Ergebnis der FDP mit 9,8%. Mehr Wischivasschi bei Wahlaussagen war kaum möglich, aber vielleicht ist ein klares Bekenntnis zu gar nichts oder ein „Wir wollen auf jeden Fall mitregieren“ eine Option für völlig unentschlossene Wählerinnen und Wähler, die aus ihrem demokratischen Grundverständnis heraus die Bundestagswahl nicht boykottieren wollten. Ob „Jamai-kafarben“ oder schwarz-rot, die Gewerkschaften werden nur der eigenen Kraft vertrauen und die Interessen ihrer Mitglieder konsequent vertreten. Kampf für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, für Beibehaltung der Tarifautonomie und des Kündigungsschutzes, Sicherung der Sozialversicherungssysteme sowie keine weitere Leistungskürzung bei den Erwerbslosen u.v.m. sollten als Ultima Ratio das gewerkschaftliche Handeln in der kommenden Legislaturperiode bestimmen.

AUF EIN WORT

WIR WERDEN SIE AN IHREN TATEN MESSEN



Foto: transitiv, Polentz

ANDREAS KÖHN, STELLVERTRETENDER
VER.DI-LANDESBEZIRKSLEITER BERLIN-BRANDENBURG

geführt, aber zu einem deutlich besseren Ergebnis als von den Medien prognostiziert.

Wir werden sie an ihren Taten messen. Wahlaussagen haben, und das zeigten auch die vorangegangenen Wahlen, bedauerlicherweise nur eine kurze Halbwertszeit. Die Gewerkschaften ha-

neue Stern am Horizont in dieser Bundestagswahl, die Linkspartei, hat mit 8,7% einen Achtungserfolg errungen und damit eine Mehrheit links von der Mitte geschaffen, die aber nicht regierungsfähig ist. Sie hat in Ihrer Wahlkampfprogrammatik zentrale gewerkschaftliche Themen

BUCHTIPP

GENIAL DAGEGEN

AUFBAU 2005

Unorthodox, zeitgeistnah und reflexiv sollte es werden. In seinem Buch über neue Formen „Genial dagegen“ zu sein, referiert Robert Misik über „Kritisches Denken von Marx bis Michael Moore“. Die vom Wiener taz-Autor verfasste Schrift erschien im Aufbau-Verlag. Misik erörtert darin postmoderne Erscheinungsformen von Revolte und Rebellion und will zeigen, „warum es heute so schwierig ist, auf kluge Weise links zu sein – und warum Linkssein doch die einzige Weise ist, klug zu sein.“

Dabei sind dem Autor schnöder Arbeitskampf, Gewerkschaften oder gar Parteien offenbar ein Graus. Was insofern folgerichtig

ist, als dass sich die in seinem Buch beschriebenen Milieus der Poplinken wohl kaum an den – immerhin fast ohne Gewerkschaft streikenden – Arbeitern bei Opel Bochum orientieren. Misik richtet seinen Fokus auf die globalisierungskritische Bewegung, die Popband „Wir sind Helden“, den Theatermacher René Pollesch und die Kultautoren Antonio Negri und Slavoj Zizek.

Deren Ideen seien auf der Höhe der Zeit. Für erlebnisorientierte Mittelklassekids scheint das „Zusammenwachsen von Kunstszene und Poplinken“ angemessen. Immerhin, hier ist dem Autor zuzustimmen, drückt sich im Wunsch nach linker Kultur und radical chic auch eine latente Unzufriedenheit mit herrschenden Angeboten aus.

Ein ganzes Kapitel ist Misik der Filmemacher Michael Moore wert. Dass Moore zu vereinfachen gelernt hat, ist sicher richtig,

ob man ihm deshalb einen Hang zum Kitsch attestieren muss, bleibt zumindest fragwürdig. Mehr als unstimmig ist aber, wenn Misik dem bürgerrechtsbewegten Amerikaner in tadelnder Absicht Eigenschaften der PDS-Politikerin Sarah Wagenknecht nachsagt.

Auf knapp 200 Seiten behandelt der Verfasser also eine ganz bestimmte Kritikerkultur: mondan, westlich und gut ausgebildet. Da bleibt sich Misik treu. Schon in seinem 2003 ebenfalls im Aufbau-Verlag erschienenen Bändchen „Marx für Eilige“ ging er gegen einen vermeintlichen „materialistischen Reflex“, einen „dumpfen Alltagsmarxismus“ vor, den er bei weniger belesebenen Gemütern ausgemacht zu haben glaubt.

In seinem neuen Buch widmet er linken Mythen einen ganzen Abschnitt und stellt erwartungsgemäß fest, dass nicht nur im Lob

für Che Guevara eine Portion todessehnsüchtiges Pathos lag. Problematisch ist, wenn Misik im 11. Kapitel, unter der Überschrift „Versuchsweise extrem“, die sukzessive Anbiederung Bertolt Brechts und Johannes R. Bechers an den sowjetischen Terror als „selbstverständlichen Stalinismus“ bezeichnet. Das klingt nach Zwangsläufigkeit und unterschlägt, dass sich Tausende konsequenter Aktivisten aus der Arbeiterbewegung dem Stalinkult durchaus verweigert haben.

Trotz allem ist „Genial dagegen“ ein absolut lesenswertes Büchlein. Lebendig geschrieben, mit Fakten gespickt und S-Bahnkompatibel dargereicht. „Gepriesen seien die halben Sachen“, sagt Misik. **Hannes Heine**

Robert Misik: Genial dagegen. Kritisches Denken von Marx bis Michael Moore. Aufbau Verlag, Berlin 2005, 194 Seiten, 17,90 Euro, ISBN 3351025866

Kein Bombodrom!

Ausstellung für die zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide

„Kein Bombodrom! Eine Region wehrt sich“, heißt die neue Ausstellung in der Medien Galerie, die am 15. September eröffnet wurde und noch bis Jahresende läuft.

Gezeigt werden Dokumente und Berichte über das nun bereits 13 Jahre andauernde, energische

Tourismus wächst nicht im Tiefflug

Ringen der Region Kyritz-Ruppiner Heide um die zivile Nutzung ihrer Heimat und gegen den dort geplanten Luft-Boden-Schießplatz der Bundeswehr auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz der sowjetischen Armee.

Die 144 Quadratkilometer große Region in Nordbrandenburg und Mecklenburg habe nur eine Zukunft als Naherholungsgebiet und als touristisch ausgebaute Region. Eine solche „entsteht nicht im Tiefflug und nicht unter Tieffliegern“, sagte Constanze Lindemann, Vorsitzende des ver.di-Landesfachbereichs 8, zur Begrüßung.

Ihre „besondere Verantwortung für die Sicherheit unserer Soldaten“ hatte dagegen kürzlich CDU-Vorsitzende Angela Merkel betont und weiter ausgeführt: „Wir dürfen unsere fliegenden Be-



Die Malerin und der Bürgermeister bei der Vernissage.

satzungen nicht schlecht ausgebildet in Einsätze schicken. Wittstock ist für die Luftwaffe unbestreitbar der qualitativ bestgeeignete Übungsplatz in Deutschland...“

Die Bewohner der Region sehen das mehrheitlich anders. Im gemeinsamen Kampf um eine „Freie Heide“ haben sich verschiedene Bürgerinitiativen und Bewegungen zusammengefunden, die mittlerweile zum Symbol für einen kreativen, friedlichen Protest gegen die militärische Nutzung ihrer Heimat geworden sind. Dazu zählt auch die Unter-

nehmerinitiative Pro Heide. Diese Initiative, die vor allem vor den dramatischen Auswirkungen eines Schießplatzes für die Wirtschaft der Region warnt, schrieb kürzlich einen Plakatwettbewerb

19 Plakate für die Freie Heide

aus, an dem sich 13 Künstler aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit 19 Entwürfen beteiligten. Das von Pro

Heide gekürte Siegerplakat von Gabriele Meyer-Dennewitz und die anderen Wettbewerbsbeiträge werden in der Ausstellung ebenfalls gezeigt.

Zur Vernissage sprachen mit dem Neuruppiner Bürgermeister Jens Peter Golde und Benedikt Schirge (FREIEHEIDE) zwei prominente Bombodrom-Gegner. Der Bürgermeister, der zugleich Chef der Unternehmerinitiative Pro Heide ist, betonte, dass das Thema nicht regional und politisch eingeeengt werden dürfe. Vielmehr schöpfe der Kampf um die Freie Heide von Beginn an Kraft aus gemeinsamem Vorgehen eines Querschnitts der Bevölkerung der Region, dem sich verschiedene Parteien und Bewegungen angeschlossen haben und in dessen Verlauf sich mehrere Initiativen gründeten. Die juristischen, aber auch politischen und demokratischen Auseinandersetzungen fanden Höhepunkte in inzwischen 90 Veranstaltungen mit 150.000 Teilnehmern. Große Beachtung fanden etwa die jährlichen Ostermarschaktivitäten. Auch diese Aktionen werden in der Ausstellung dokumentiert. Die Idee zu der Schau wurde bei einer Werkchau der Neuruppiner Malerin Marianne Kühn-Berger im Frühjahr 2005 geboren. Die Unternehmervereinigung Pro Heide und möglicherweise auch andere Bewegungen werden die Ausstellung in Berlin zugleich für Gespräche mit Politikern nutzen, wie der Pro-Heide-Pressesprecher ankündigte. **neh**

Aktuelle Termine und Öffnungszeiten siehe www.mediengalerie.org

MIT GANZEM HERZEN – KARL RICHTER: 1904 – 2005

Karl Richter, Buchdrucker und langjähriger Vorsitzender der IG Druck und Papier in Berlin (West) und eines der ältesten ver.di-Mitglieder, ist am 19. September 2005 in Berlin verstorben. „Wir trauern um Karl Richter, mit dem wir im Juli seinen 101. Geburtstag feiern durften. Bis zuletzt hat er an gewerkschaftlichen Veranstaltungen aktiv teilgenommen und sich mit seinen reichhaltigen Erfahrungen eingebracht“, würdigte ihn ver.di-Landesbezirksleiterin Susanne Stumpfenhusen.

Der gelernte Buchdrucker war seit frühester Jugend und damit insgesamt 85 Jahre gewerkschaftlich aktiv und ebenso lange Mit-

glied der SPD. Er engagierte sich für den 1926 vollendeten Bau des Berliner Gewerkschaftshauses der Buchdrucker in der Dudenstraße und später im Widerstand gegen Hitler. Neun Jahre lang lenkte Karl Richter in den 1950/60er Jahren als stellvertretender und zwölf Jahre als Vorsitzender die Geschicke der IG Druck und Papier in Berlin (West). 1971 gründete er die Seniorengruppe der SPD „AG 60 plus“. Er war Träger des Bundesverdienstkreuzes erster Klasse und ist Namenspatron des Karl-Richter-Vereins zur Förderung und Erforschung von Geschichte und Traditionen der Buchdrucker.

„Wir verlieren mit Karl Richter einen überaus engagierten Kollegen und besonderen Zeitzeugen, der die Geschichte der Berliner Gewerkschaften und hundert Jahre deutscher Arbeiterbewegung mit geprägt hat. Alles, was er tat, tat er mit ganzem Herzen“, würdigte ihn Frank Werneke, stellv. ver.di-Bundesvorsitzender.

Kürzlich wurde ein Filmporträt „Die Gedanken sind frei“ fertiggestellt, in dem das reiche, lange Leben Richters in Dokumenten, Selbstaussagen und aus der Sicht jüngerer Weggefährten nachvollzogen wird. Das einmalige Zeitzeugnis ist als DVD bei ver.di zu bestellen (siehe Sprachrohr 04/05).



Foto: transit/v. Polentz

Zum Wiehern oder eher zum Grinsen

Zehn Minuten Lächeln täglich, vielleicht mit der Berliner Schmunzel-Anthologie



Zum Wiehern, zum Lachen, zum Schmunzeln oder wenigstens zum gelegentlichen Grinsen, sollen uns laut Herausgeber Horst Bosetzky die neuen Geschichten bringen. Nach dem Erfolg der ersten „Berliner 10-Minuten-Geschichten“ hat der Berliner Verband Deutscher Schriftsteller seine Mitglieder dazu ermutigt, ihr komisches Talent unter Beweis zu stellen. Die Erwartung der Leserinnen und Leser ist nach dem ersten Band natürlich groß und kann womöglich nicht immer befriedigt werden. Man sollte auch nicht davon ausgehen, dass alle Geschichten lustig sind, der Humor ist mitunter eher hintergründig.

Dreißig Autorinnen und Autoren kommen in diesem Band, dessen Produktion ver.di finanziell unterstützt hat, zu Wort. Daniel Knillmann möchte in seinem Beitrag Kinder der Revolution die Mauer wieder aufbauen lassen. In Entspannte Stunden von Christiane Reichart überlegen sich drei allein erziehende Mütter, was sie unternehmen könnten, ob sie den Kita-Schließungs-Senator entführen und ihn Benjamin-Blümchen-Kassetten in einer Endloschleife anhören lassen sollen. Man könnte auch alle allein erziehenden Mütter der Stadt dazu bewegen, ihre Kinder morgens im Bundestag abzugeben und dann zu verschwinden für den Rest des Tages. Oder gleich für eine Woche. In dieser Geschichte erfährt man auch, wie es zum le-

gendären Babyboom vom Prenzlauer Berg kam. Berlin ist pleite, heißt es, mit Kinderarbeit kann man dagegen angehen. Wie das funktioniert, erklärt Corinna Stegemann Im Lustigen Hasen.

In Was man aus Liebe tut von Fokko Falkenrede geht es um Rituale unter dem Motto: The same procedure as every week. Charlotte Worgitzky beschreibt auf amüsante Weise eine Möglichkeit, Männer klein zu kriegen und verschwinden zu lassen.

Was passiert, wenn Mann oder zumindest Stefan allein zuhause bleibt? Anja Tuckermann geht davon aus, dass er dann seine Kochkünste und Basilikum und Rosmarin entdeckt. Dorle Gelbhaar führt aus, was passieren könnte, wenn man sich der

Süßer Tod und Diät mit Schwarzwälder Kirsch

Verlockung der Werbung hingibt. Mit Ax würde Ein ganz anderes Berlin entstehen.

Dieter Schubert dachte sicher, dass im Einstein-Jahr eine Geschichte mit dem Genie nicht feh-

len darf. Der Beitrag von Gabriele Brang Mit Spreewasser und Knöchelseife ist interessant und lesenswert, aber lustig ist nur der Nachname der Powerfrau Henriette, die hier beschrieben wird. Schmunzeln kann man wieder bei Paul-Albert Wegemann, der Berlin mit Mallorca vergleicht. Peter Gerdes beweist mit Süßer Tod, dass es nicht nur in England schwarzen Humor gibt. Seine Botschaft: Berliner, seid nicht so überheblich und nehmt euch in Acht vor den Landeiern!

Wie man sich als typischer Preuße verhält, kann man bei Dieter Lietz nachlesen. In welchen Bereichen Arbeitsvermittlerinnen beim Arbeitsamt noch arbeiten können, wenn sie arbeitslos werden, bringt Bernd Uwe Tomczak zu Papier. Weil Werner Gerber Psychologie studiert hat, hält er dem Lästler gern einen Spiegel vor, denn er ist auch Germanist, was man dem Beitrag wirklich ansehen kann.

Staatlich geprüfter Trauerredner als neue Berufsperspektive sieht Uwe Zabel. Elfriede Brüning geht die Friedhofsgedanken mit Galgenhumor an. In Schwarzwälder Kirsch mit Sahne von Ernst

Röhl lernen wir, wie eine Diät zu Höchstleistungen im Kopfrechnen anspornen kann. „Kommt so’n kleiner Mann mit Hut in’ne Kneipe“ so fangen viele Witze an. Und genau so sollen die Kieztypen von Hans Häussler auch verstanden werden.

Pudding-Attentat von Oma Lehmann

Nach dem politischen Frühschoppen von Tilo Ballien wird man sich nie wieder unbelastet politische Nachrichten ansehen können, schon gar nicht, wenn ein junger Mann, der die Pubertät noch nicht ganz überwunden zu haben scheint (hier als Herr Osterwoge bezeichnet) auftritt.

Natürlich darf in so einem Band die Gesundheitsreform nicht fehlen, denn zu lästern gibt es jede Menge, weiß man nicht erst seit dem Beitrag Alles Verbrecher von Brigitte Hähnel. Aus Angst vor Verbrechern oder Terroristen ist der Doppelgänger für Politiker Ein Beruf mit Zukunft. Lutz Rathenow meint, jeder Bundestagsabgeordnete habe ein Recht auf seinen Doppelgänger. Oma Lehmann von Helga Thiel-Ballien könnte sich dann nicht sicher sein, ob ihr Pudding-Attentat den echten Politiker getroffen hat.

Gunnar Kunz treibt die Verhältnisse auf die Spitze. In Sechsdreißig Quadratmeter Ringlage wird es ganz skurril, wenn er Wohnungen der Zukunft beschreibt.

Bebusstes Leben – strong and easy

„Is zis ze bas to ze empire’s day?“ Wer wissen möchte, wo Horst Bosetzky in seinem Beitrag Bebusstes Leben hin möchte, muss schon selber in den Band hineinschauen, denn mehr Platz steht uns hier wirklich nicht zur Verfügung. **Heidi Schirmacher**



An den Lesungen „Deutschland hört zu“ zu den Einheitsfeierlichkeiten am 2. Oktober im Hof des Potsdamer Kutschstalls beteiligten sich Mitglieder des Berliner Schriftstellerverbandes. Elfriede Brüning (Foto) las dabei ihre 10-Minuten-Geschichte.

Horst Bosetzky (Hrsg.): Berlin wie es lacht und lästert. Neue Berliner Zehn-Minuten Geschichten. Jaron Verlag GmbH, Berlin 2005. 177 S. 14,90 Euro. ISBN 9-783897-735217

Zehn Jahre lang betrieb der Verein Filmkunsthaus Babylon (fkh) sehr ambitioniert das einzige kommunale Kino Berlins. In dem wunderbaren Hans-Poelzig-Bau am Rosa-Luxemburg-Platz liefen Filme und Veranstaltungen, die sonst nirgends zu sehen sind, darunter viel Osteuropäisches und Deutsch-Deutsches. Einleuchtend, dass so ein anspruchsvolles Programm nicht über Eintrittsgelder finanzierbar ist. Die Senatsverwaltung für Kultur und Wissenschaft zahlte also jährlich einen Zuschuss von 320.700 Euro, wovon allerdings rund 80 Prozent in Miete und Betriebskosten flossen. Weil die Rechnungsprüfer dem Verein gutes Wirtschaften bescheinigt hatten, glich die Kulturverwaltung einen fünfstelligen Fehlbetrag über Jahre aus.

Als im September 2004 Miet-schulden des Vereins bekannt werden, ändert Kultursenator Thomas Flierl die Taktik: Er stoppt die Förderung und lädt Kinomacher der Stadt zu einem „Interessenbekundungsverfahren“ ein. Ausgeschrieben wird der Betrieb eines kommunalen Kinos mit der zuvor gezahlten Summe.

Weitere Klagen sind absehbar

Im November wird eine unabhängige Expertenjury einberufen. 13 Bewerber reichen Vorschläge ein, darunter auch der fkh mit überarbeitetem Konzept. Zum Entsetzen des Senators, der den lästigen Babylon-Verein offenbar doch loswerden wollte, bestimmt die Jury das Angebot des bisherigen Betreibers als das Beste. Lapidar darauf die Senatsverwaltung: „Eine eindeutige Juryempfehlung ist nicht erkennbar.“ Die eigentliche Erkenntnis, dass kommunales Kino mit den vorhandenen Mitteln nicht zu leisten ist, wird ignoriert.

Eine neue, diesmal senatsinterne Kommission wird einberufen. Die mutmaßliche Marschrichtung lautet jetzt: noch mal in den Bewerbungen blättern und die raus filtern, die eine andere, weniger von den puristischen Maßstäben des kommunalen Kinos geleitete Programmatik erkennen lassen. Konzepte, die zuvor den Anforderungen nicht genügt hatten, werden hervorgekramt, die Einreicher aufgefordert, sie auszubauen oder zu konkretisieren.

Babylonische Verirrung

Eine Berliner Provinzposse um das Programmkino Babylon

Karikatur: Sylvio Droigk



Wie oft wir ausschreiben, entscheiden wir nach dem Zieleinlauf.

Andere Bewerber werden nicht informiert.

Timothy Grossman und Tobias Hackel, Betreiber des Programmkinos „Balazs“, erhalten im März 2005 schließlich den Zuschlag. Die beiden wollen 51 Prozent kommunales Kino und 49 Prozent Programm kino machen. Der Senatszuschuss soll in das kommunale Kino fließen; Erlöse aus dem Programmkinobetrieb sollen unterstützend wirken.

Drei Mitbewerber – die EYZ, die Hackeschen Höfe und der fkh-babylon – tun sich zusammen und klagen gegen die Entscheidung. Ihre Begründung: Die Ausschreibung sei nicht korrekt gelaufen, zudem werde ein Konkurrent im Programmkinobereich in unzulässiger Weise subventioniert. Das Verwaltungsgericht stoppt den Mittelfluss kurz vor der Wiedereröffnung des Babylon durch Grossmans und Hackels „Neuer Babylon GmbH“ Ende Mai.

Flierl lässt daraufhin neu ausschreiben. Diesmal ist ein Mix aus maximal 49 Prozent Programm- und mindestens 51 Prozent kommunalem Kino ausdrücklich möglich. Die Kooperation aus den Hackeschen Höfen, der EYZ und dem fkh reichen gemeinsam ein neues Konzept ein, bei dem sie den Mix jedoch bewusst vermeiden. Um mehr Einnahmen zu erzielen, soll es stattdessen vielfältige kulturelle Veranstaltungen geben, etwa eine Media-Lounge oder „Filme on demand“. So sollen die Räume rund um die Uhr

genutzt werden. Nach ihrer Meinung kann angesichts der großen Probleme der Berliner Programmkinos das Haus auch mit einem Mischkonzept aus Programm kino und kommunalem Kino nicht kostendeckend laufen. Eine Querfi-

nanzierung funktioniere nicht. Dennoch entscheidet sich der Senat zum zweiten Mal für Grossman und Hackel, in Abwägung zwischen „künstlerisch-programmatischem Konzept, wirtschaftlicher Tragfähigkeit und der zu erwartenden Stabilität des Trägers.“

Nun läuft der Betrieb unter Grossman und Hackel. Ein fader Nachgeschmack bleibt: Die Angelegenheit verursachte großen Pressewirbel, mehrere kleine Anfragen im Berliner Abgeordnetenhaus befassten sich damit, das Image der Kulturverwaltung hat erneut gelitten. Die ausgebooteten Konkurrenten werden das Programm der „Neuen Babylon“ genau beobachten und auf Einhaltung der 51:49-Regel pochen. Weitere Klagen sind absehbar, falls auch nur der Hauch eines Verdachts entstehen sollte, dass das Programm kino subventioniert wird. Es bleibt spannend.

Ute C. Bauer

ANZEIGE

AOK – Die Gesundheitskasse
für das Land Brandenburg

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher: Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de
Internet: <http://www.aok.de/bra>

AOK. Wir tun mehr.

AOK
Die Gesundheitskasse.

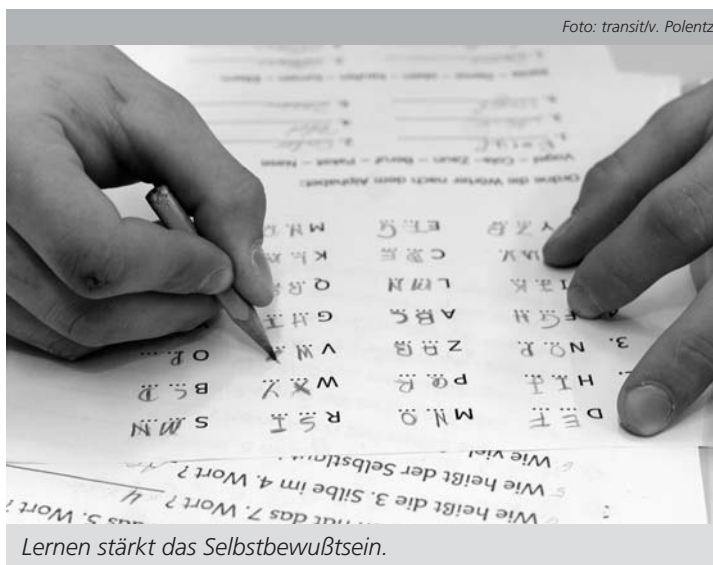
XXX XXX

Das ignorierte Problem

Neuköllner Verein gegen Analphabetismus vor dem Aus?

Bei den Diskussionen über Bildung in der Spannweite von Elite-Universitäten bis PISA-Studien haben sie keine Lobby: die mehr als vier Millionen deutschsprachigen Menschen in Deutschland, die nicht oder nicht ausreichend lesen und schreiben können. Für die in Berlin lebenden – mehrheitlich funktionalen – gut 160.000 Analphabeten gibt es ganze drei Einrichtungen, die ihnen helfen, mit dem Problem fertig zu werden, das ihren Alltag extrem kompliziert macht: Wie orientiert man sich in der Stadt, wie kauft man ein, bezahlt Rechnungen, schließt notwendige Verträge ab, füllt man für Behörden Formulare aus? Zumal es peinlich ist zuzugeben, dass man, trotz allgemeiner Schulpflicht, nicht lesen und schreiben kann, obwohl man es doch einmal, mehr schlecht als recht, gelernt hat. Man findet die pffiffigsten Ausreden, denn dumm sind diese Menschen nicht, sie haben nur ein kleines Problem: „Könnten Sie mir bitte helfen, ich habe meine Brille vergessen.“ Oder man umschlingt das Handgelenk mit einer dicken Binde. Vor allem aber haben Analphabeten größte Schwierigkeiten, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden. Selbstachtung und Selbstbewusstsein leiden.

Seit 1983 hat der gemeinnützige Verein Lesen und Schreiben Tausende Analphabeten beraten und viele von ihnen nicht nur lesen und schreiben gelehrt, sondern ihnen darüber hinaus eine praxisorientierte Vorbereitung auf die Arbeits- und Berufswelt ermöglicht. Diese Praxisarbeit reichte von Tischlerei über Gärtnerei mit eigenen Gewächshäusern und Catering im vereinseigenen Café Leib + Seele bis zur Mitarbeit an der Vereinszeitung. Viele von ihnen konnten in eine Anstellung vermittelt werden. Selbstachtung und Selbstbewusstsein steigen: Viele Absolventinnen und Absolventen der Kurse schreiben eigene Geschichten und tragen sie, gerade erst alphabetisiert, zum Beispiel am Welt-



Lernen stärkt das Selbstbewusstsein.

tag der Alphabetisierung, dem 8. September, oder im Rahmen des Kulturfestivals „48 Stunden Neukölln“ öffentlich vor – es sind sogar etliche davon in Büchern veröffentlicht worden. Oder sie treten in Rundfunkinterviews vor die Mikrofone, um über die Arbeit des Vereins und ihre persönlichen Erfolge zu berichten.

Drei Kreuze statt
Namen genügen nicht

Diese wertvolle Arbeit des Vereins Lesen und Schreiben ist nun akut gefährdet. Denn in den letzten Jahren wurden die Kurse für die – überwiegend jungen – Teilnehmer/innen von den Agenturen für Arbeit finanziert. Damit ist es aber nach den neuesten Richtlinien vorbei: Alphabetisierung gehöre zur Allgemeinbildung, die nicht gefördert werden dürfe, heißt es, und: „In Berlin gibt es gar keine Analphabeten.“

Sämtliche Mitarbeiter/innen mussten entlassen werden. Die Arbeit wird rein ehrenamtlich fortgesetzt, auf äußerster Sparflamme. Dennoch gibt es laufende Kosten, die einfach nicht vermieden werden können; das geht von der Raummiete übers Telefon bis zu Lehr- und Lernmaterialien.

An allen Ecken und Enden fehlt nun das Geld – Fazit wäre, man resignierte angesichts der Ignoranz der öffentlichen Stellen und gäbe auf. Und genau das haben Marie-Luise Oswald und ihre Mitstreiter nicht vor – ganz im Gegenteil. Sie versuchen hartnäckig, die Behörden erneut von der Notwendigkeit der Arbeit und ihrer Förderungswürdigkeit zu überzeugen und Stiftungen und private Sponsoren zu finden, die sich über finanzielle Hilfen oder Sachspenden längerfristig engagieren möchten. Auch Tipps und Hinweise, an wen man sich wenden könnte, sind natürlich willkommen.

Zunächst gilt es aber, die akute Notlage zu überwinden. Dafür sind viele kleine und große Spenden nötig! Wir, die wir als Schriftsteller und Journalistinnen vom Schreiben und Gelesenwerden leben (oder zu leben versuchen), sollten uns vielleicht als Erste angesprochen fühlen. Vielleicht könnten wir das eine oder andere Honorar spenden? Werft für ausführlichere Information doch auch einmal einen Blick auf die Website des Vereins: www.lesens-schreiben.com

Tilo Ballien

Lesen und Schreiben e.V., Herrnhuter Weg 16, 12043 Berlin; Tel.: 030 / 687 40 81 – Fax: 030 / 686 93 92, Spendenkonto: Deutsche Bank, BLZ 100 700 42, Kt.Nr. 2200 4000 1

BVG

Zu dritt billiger

Auf dem Button sind zwei lustige Bären zu sehen. Das größere Tier trägt das Kleinere am Rücken. Darunter findet sich der Schriftzug „Ich nehm' Dich mit!“. Anstecker mit diesem Motiv tauchen in letzter Zeit häufiger in Berlin auf. Die Träger wollen anderen Fahrgästen signalisieren, dass sie im Besitz einer Umweltkarte der BVG sind und noch Mitfahrer suchen. Sie haben nämlich auch das Kleingedruckte auf ihrem Ticket genau studiert. Daher wissen sie, dass mit jeder Umweltkarte wochentags ab 20 Uhr, an Wochenenden und Feiertagen sogar ganztägig, neben dem Besitzer noch ein Erwachsener und drei Kinder kostenlos mitfahren können.

Darauf will die Kampagne „Für ein Recht auf Mobilität“ in der nächsten Zeit verstärkt hinweisen. Sie hat neben den Buttons Informationsflugblätter produziert, die in der Nähe von viel frequentierten S- und U-Bahnstationen verteilt werden.

„Für ein Recht auf Mobilität“ versteht sich als soziale Initiative: „Mobilität ist eine öffentliche Sache, die nicht der Profitlogik des Marktes überlassen werden darf“ lautet das Credo der Kampagne, die vom Berliner Sozialforum, Attac Berlin und der antikapitalistischen Aktion (akab) getragen und von ver.di unterstützt wird. „Die Politik muss endlich ihr Versprechen einlösen und den öffentlichen Verkehr attraktiver machen, damit Autofahrer auf Busse und Bahnen umsteigen“, meinte Andreas Komrowski von der Kampagne. „Mit dieser Aktion wird einkommensschwachen Personen unmittelbar geholfen, denn sie sind nach der Preiserhöhung des Sozialtickets stark in ihrer Mobilität eingeschränkt. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Aktion der Berliner Initiativen“, sagten der Berliner DGB-Bezirksvorsitzende Dieter Scholz und die Diakoniedirektorin Susanne Kahl-Passoth in einer gemeinsamen Erklärung, die angesichts der regelmäßigen Fahrpreiserhöhungen bei der BVG noch aktueller geworden ist. **Peter Nowak**

HOFFUNGSVOLL



Foto: transitiv. Polentz

Mit dem Erlös des 9. Solidaritätsbasars der Berliner Journalistinnen und Journalisten nach der Wende können zehn Häuser in ökologischer Lehm-Bauweise in Otjiwarongo (Namibia) errichtet werden.

10.000 Euro wurden dafür am 27. August an Ständen von rund 50 Verlagen, Sendern und entwicklungspolitischen Vereinen gesammelt, die diesmal dem Namibia-Projekt des „Solidaritätsdienst International“ (SODI) „Menschenwürdig leben“ zugute kommen. Die Hilfsorganisation will mit Partnern vor Ort in einem Slum 160 gesunde Wohnhäuser bauen, in die auch viele alleinerziehende Frauen einziehen sollen. Das Projekt ist mit Ausbildung gekoppelt.

Der traditionelle Berliner Solidaritätsbasar musste 2005 wegen Bauarbeiten vom Alex auf den Potsdamer Platz ausweichen. Trotzdem wurde das Spendenergebnis des Vorjahres erreicht. Andreas Köhn, Cheforganisator und stellv. Landesbezirksleiter: „Es gab mehr Touristen und Zufallsbesucher, dadurch größeren Informationsbedarf und mehr Gespräche an den Ständen.“

Das Bühnenprogramm mit Information und Musik von mehreren Kontinenten und dem traditionellen Polit-Talk lockte auch am Ersatzstandort sein Publikum. Dennoch bleibt die Hoffnung, dass zum Jubiläums-Basar 2006 der Alexanderplatz wieder genutzt werden kann.

Deutsches Filmgedächtnis gut aufgehoben

Historische Cellulosenitratfilme werden umkopiert und für 300 Jahre haltbar gemacht

Ende August wurde der Neubau des Filmarchivs unter dem Mantel des Bundesarchivs in Dahlwitz-Hoppegarten offiziell eingeweiht. Der erste Bauabschnitt des Komplexes, den der Bund mit elf Millionen Euro gefördert hat, umfasst neben Lagerflächen auch moderne Werkstätten zur Filmrestaurierung und ein leistungsfähiges Kopierwerk. Mehr als 100 Jahre Filmgeschichte können hier bewahrt und gesichtet werden, ein zweifellos spannendes Erbe des 20. Jahrhunderts.

Ein Neubautrakt beherbergt ein nach modernsten Gesichtspunkten ausgestattetes Spezialmagazin, in dem etwa 80.000 Rollen mit Cellulosenitratfilmen aus der Frühzeit der deutschen

Filmproduktion bis in die 1950er Jahre lagern – unter Idealbedingungen bei 6 °C und 55 Prozent Luftfeuchtigkeit. Zu den Schätzen zählen die Originale solcher Kinoklassiker wie „Das Kabinett des Doktor Caligari“ (1920), „Nosferatu“ (1922) oder „Münchhausen“ (1943). Der älteste hier archivierte Streifen wurde bereits vor 110 Jahren belichtet: der des „Wintergarten“-Variété-Programms der Berliner Filmpioniere Brüder Skladanowski vom November 1895. Zum Bestand gehören auch etwa 6000 recherchierbare Wochenschaubeiträge. Die Produktionen von Ufa und DEFA sind nahezu vollständig überliefert, nachdem das Staatliche Filmarchiv der DDR 1990 in die Bestände einge-



Foto: transitiv. Polentz

Erst sichten, dann kopieren.

gliedert wurde. Das bundesdeutsche Filmarchiv ist seither eines der größten und nun auch modernsten der Welt. Selbst ohne die gesetzliche Depotpflicht für Filmproduktionen – wie sie etwa in Frankreich besteht – sei das „deutsche Filmgedächtnis hier sehr gut aufgehoben“, zeigte sich Kulturstaatsministerin Christina Weiss überzeugt.

Die historischen Cellulosenitratfilme lagerten bislang in Räumen des DDR-Filmarchivs in Berlin-Wilhelmshagen, die wegen Asbestbelastung geschlossen wurden. Im neuen Quartier in Hoppegarten werden die Streifen schrittweise restauriert und auf Polyester-Filmmaterial umkopiert. Etwa 5000 der historischen Streifen sind bereits dupliziert. Sie durchlaufen dabei zahlreiche Arbeits-

gänge der Sichtung, Säuberung, Restaurierung und schließlichen Umkopierung auf modernes Material, von dem man erwartet, dass es zumindest 300 Jahre konserviert werden kann. Bis diese aufwändigen Arbeiten beendet sind, wird es allerdings noch Jahrzehnte dauern, schätzt Karl Griep, der Leiter des Filmarchivs. Man bereite etliche Filme auch für die elektronische und gar Online-Nutzung auf. Davon profitieren zunehmend die Nutzer des Besucherzentrums und der Mediathek in Lichterfelde. Die private und wissenschaftliche Auswertung von Filmarchivmaterial ist dort kostenlos möglich. An eine massenhafte Speicherung von Datenmaterial sei in absehbarer Zeit jedoch nicht zu denken, da dessen Lebensdauer nicht ausreichend abgeschätzt werden könne.

Der neue Archivstandort vor den Toren Berlins wird ausgebaut, ab 2008 sollen weitere Magazinflächen für rund eine Million Filmrollen geschaffen werden. Perspektivisch werde man alle Filmmaterialien des Bundesarchivs hier konzentrieren, kündigte Präsident Hartmut Weber an. Auch die Zahl der hier tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bislang 45, werde deshalb steigen. **neh** www.bundesarchiv.de



Foto: transitiv. Polentz

Rollen im Spezialmagazin

Wie eine Sonnenkönigin das Re

An der Brandenburgischen Kulturstiftung Cottbus inszeniert die Politik erfolgreich absurdes Th

In diesem Fall geht es eigentlich um Kultur. Um Kreativität und Tradition. Um ein wunderschönes, strahlkräftiges Theater und eine Kunstsammlung im Umbau. Und um deren Mitarbeiter, die Kultur zum Genuss anbieten. Tatsächlich geht es um Politik. Und nicht weniger als das Funktionieren des Rechtsstaats wird hier in Frage gestellt.

Neben vielem anderem sind im letzten Jahrzehnt in Brandenburg mehr als 60 Prozent der Theater-substanz dem Rotstift und Planungsunsicherheiten zum Opfer gefallen. Das Staatstheater Cottbus, beheimatet in einem 1908 eröffneten Jugendstilbau, ist das einzige noch existierende Mehrspartentheater im Land. Erklärmaßen um seinen Fortbestand zu sichern, wurde das Haus – gemeinsam mit der städtischen Kunstsammlung – in einem eiligen Ritt zur Brandenburgischen Kulturstiftung Cottbus fusioniert und im Juli 2004 aus der Landes-Trägerschaft entlassen. Die größte

Kultureinrichtung Brandenburgs mit reichlich 380 Mitarbeitern entstand als so genannte Zuwendungsstiftung, die vom Land und der Stadt Cottbus gemeinsam finanziert wird. Die Mittel sind allerdings bis einschließlich 2009 weitgehend gedeckelt und stehen unter Haus-haltsvorbehalt. Die dünne Finanz-decke erlaubt kaum eine progressive Tarifentwicklung. Das und etliche Risiken mehr waren von Experten und Betroffenen im Vorfeld am Stiftungsgesetz energisch kritisiert worden. Allein die PDS-Opposition im Landtag stellte sieben Änderungsanträge. Nur wenig fand Beachtung. Speziell gelang es nicht, den Personalübergang so zu regeln, dass die Mitarbeiter beim Wechsel von Landes- zu Stiftungsbeschäftigten abgesichert und ihre Rechte genau fixiert worden wären. „Die beteiligten Gewerkschaften und die Personalräte haben energisch um einen Personalüberleitungsvertrag gekämpft. Jetzt ist im Fall des Scheiterns der Stiftung zwar gesi-

chert ist, dass die Immobilien an das Land zurück fallen. Was mit den Beschäftigten passieren würde, ist dagegen weitgehend unklar“, resümiert ver.di-Fachsekretärin Sabine Schöneburg.

GRAUSAM: DIE INSTRUMENTE WERDEN GEZEIGT

Nachdem weder ein Vertrag zustande kam noch den Beschäftigten per Gesetz ein Widerspruchsrecht eingeräumt wurde, formulierten 82,5 Prozent der Belegschaft einen vorsorglichen Widerspruch gegen den Personalübergang. Zwei Kollegen, ein Techniker und ein Musiker, ließen ihn per Musterklagen gerichtlich überprüfen und bekamen im Juli 2005 vom Arbeitsgericht Potsdam Recht. Dass ihr Arbeitsverhältnis nicht auf die Stiftung übergegangen sei, sondern mit dem Land fortbestehe, bescheinigen ih-



Foto: transit/v. Polentz

Königlich: Wankas Sonnenblick

nen die Urteile. Spätestens jetzt wäre Johanna Wanka (CDU), die Kulturministerin, erneut am Zuge gewesen, die bislang die „ganz klare Rechtslage“ beschworen hatte.

Sie handelte auch umgehend: Bei Gericht wurde Berufung eingelegt. Der Musiker erhielt Hausverbot,

Nicht nur Kronleuchter brauchen Sicherheit...

Fragen an Michael Apel, Chefchoreograph am Staatstheater Cottbus

Wie ist die Stimmung der Beschäftigten der Kulturstiftung nach den Ereignissen dieses Sommers?

Die meisten Kolleginnen und Kollegen sind einfach entsetzt. Eine Kollegin hat es auf den Punkt gebracht: Solches Vorgehen wäre in jeder Wurstfabrik peinlich. Für ein Theater ist es ein Skandal. Unter solchen Bedingungen soll kreativ gearbeitet, sollen künstlerische Hochleistungen gebracht werden?

Da ist viel Enttäuschung, Angst und Resignation. Ministerium und Stiftungsvorstand haben deutlich gemacht, wie hier mit Leuten umgegangen wird, die sich aus dem Fenster lehnen und Rechte einfordern. Mit der Forderung, die Prozesskosten zu begleichen, wird sogar noch mal nachgetreten.

Es kursiert der Satz, Frau Wanka habe wirksam Werbung für die Gewerkschaft gemacht...

Das sehe ich auch so. Die Ministerin und der auf ihre Linie einschwenkende Vorstand haben uns klargemacht, dass es an diesem Theater nie so wichtig war wie heute, gewerkschaftlich zusammenzustehen. Da wurde so viel Druck ausgeübt, da war jedes Mittel recht bis hin zu juristisch fragwürdigen Repressalien. Dem kann man nur gemeinsam etwas entgensetzen.

Was könnte das sein?

Zunächst einmal werden wir hoffentlich noch im Oktober einen engagierten neuen künstlerischen Personalrat wählen. Dann führen drei Kolleginnen und Kollegen noch Prozesse gegen die Nichtver-

längerung ihrer Verträge, wo die Frage des Personalübergangs wieder mit zur Debatte steht. Da könnte die Rechtsposition des Kulturministeriums erneut in Frage gestellt werden. Und wir müssen uns natürlich mit der Situation auseinandersetzen, dass im Stiftungsvorstand immer noch zu wenig Problembewusstsein für die Zukunft entwickelt ist.

Es heißt immer, wir seien hervorragend ausfinanziert. Das Große Haus wird in Kürze über mehrere Monate umgebaut, Einnahmeverluste sind abzusehen. Wie es mit Defiziten, Haustarif oder gar Kurzarbeit wirklich aussieht, darüber muss gesprochen werden. Fakt bleibt, die Zukunft der Gebäude, Kronleuchter und Kaffeetassen im Falle des Scheiterns der Stiftung ist geklärt, nur nicht die des Personals.

Ein Personalüberleitungsvertrag ist also nicht vom Tisch?

Eine solche Regelung oder ein so genannter Gestellungsvertrag, auch damit gibt es bundesweit schon Erfahrungen, bleibt unbedingt unser Ziel, auch ein Sitz für den Personalrat im Stiftungsrat. Im Übrigen würde mehr Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keinen Cent mehr kosten. Es wäre nur klar gesagt, dass das Land im Fall einer Zahlungsunfähigkeit der Stiftung für eine bestimmte Zeit wieder in die Verbindlichkeiten gegenüber den Beschäftigten einspringt. Der Stiftungsvorstand hätte dann zugleich die Garantie, dass Theater und Kunstsammlungen weiter funktionieren.

Recht pachtet

theater

ihm wurde die Kündigung, dem Elektriker die Versetzung angedroht. „Da ein Arbeitgeber nicht verpflichtet ist, Mitarbeiter zu beschäftigen, die ihn nicht als Arbeitgeber anerkennen, ist es nur konsequent, auf die Dienste solcher Mitarbeiter zu verzichten“, rechtfertigte die Ministerin und Stiftungsratsvorsitzende das Vorgehen in einem Brief an die Belegschaft. Und zeigte zugleich allen die Instrumente.

MAJESTÄTISCH: DAS RECHT BIN ICH

Dass der künstlerische Personalrat, Rechtsberater und Gewerkschaften sowie einige Landtagsabgeordnete die Maßregelung als Willkür kritisierten, neuerlich eine sachdienliche Lösung einforderten und Gespräche anboten, änderte gar nichts. Die Ministerin blieb beim rechthaberischen Grundsatz „Le droit c'est moi“, und die Stiftung schwenkte auf den Kurs ein. „Bis dahin hatten wir mit dem Stiftungsvorstand einvernehmlich agiert“, meint Uwe-Jens Broeske, bis September Vorsitzender des künstlerischen Personalrats: „Unter der neuen Gangart lief unser enormer Einsatz aber auf ein bloßes Anfragen und Betteln hinaus. Schlimmer, wir mussten befürchten, dass mit dem Personal nur noch als Konkursmasse umgegangen würde.“

Das neunköpfige Gremium trat deshalb geschlossen zurück. Zuvor hatte Broeske auf einer Personalversammlung noch informiert, dass im Halbjahres-Geschäftsbericht 2005 die Wirtschaftlichkeitsprognosen für 2007 ein Millionendefizit auswiesen, dass dort vom Abschluss eines Haustarifvertrages mit Lohnverzicht gesprochen werde und das Wort Kurzarbeit vorkomme. Als „belanglos“ sei das von der Leitung des Hauses abgetan worden.

Die beiden Kläger haben inzwischen notgedrungen die Stiftung als Arbeitgeberin akzeptiert, obwohl sie ein legitimes Recht ausgeübt und ihre Klagen gewonnen haben. Bislang letzter Akt im Trauerspiel: Da die Klagen nicht weiterverfolgt worden seien, will die Kulturministerin zumindest vom Elektriker Gerichtskosten von einigen Tausend Euro

zurück, die das Land für die verlorenen Prozesse ausgeben musste. Sie verklagt ihrerseits den Kläger.

HERRSCHAFTLICH: DAS PERSONAL HAT NICHTS ZU WOLLEN

Das „Ziel, dem Personal mehr Sicherheit zu geben, wurde jedenfalls bisher nicht erreicht“, kritisiert Klaus Grunow, Vorsitzender der

ver.di-Fachgruppe Theater und Bühnen Berlin-Brandenburg. Dass die brandenburgische Stiftungskonstruktion perspektivisch noch einigen Zündstoff bietet, vermutet er, der im Rat der Stiftung Oper in Berlin als Personalvertreter zumindest einen Sitz und Stimme hat. Sonnenkönigin Wanka meint dagegen, völlig freie Hand zu haben. Doch formiert sich neuer Widerstand. Auf einer ver.di- Mitglieder-

versammlung Ende September wurde über weiteres juristisches Vorgehen beraten. Auch politisch soll es keine Ruhe geben. Sabine Schöneburg hat sich an Intendant Schüler gewandt und will an die Landtagsabgeordneten im Kulturausschuss schreiben. „Die Million fehlt weiterhin und auch die Sache mit dem Haustarifvertrag kann nicht unter der Decke gehalten werden“, meint die Gewerkschaftssekretärin.

Helma Nehrlich



Autobiografische Trilogie unvollendet

E. R. Greulich, gest. 31.08.2005



E.R.Greulich

Hitler und den durch diesen Namen drohenden Krieg zu verhindern, hatte er als Aktiver im Widerstand mitzuhelfen versucht. Aber für den Kriegseinsatz in der Strafdivision 999 machten die Nazis den aus Gefängnishaft Entlassenen „wehrwürdig“. In Tunesien in Kriegsgefangenschaft gegangen, schrieb er in Amerika sein erstes Buchmanuskript „Zum Heldenodt begnadigt“. Hätte es den Nazi-Krieg und als Folge die Teilung Deutschlands nicht gegeben – der gelernte Schriftsetzer E(mil) R(udolf) Greulich wäre als Schriftsteller wohl allen Lesern dieser Zeilen ein Begriff. So aber wird dieser Nachruf für den fast

96-jährig Verstorbenen zwar für viele Ostdeutsche Erinnerung wachrufen an Lektüre spannender, informativer, Lebensweisheit übertragender Romane, abenteu-

erlicher Erzählungen, hintergründiger Aphorismen und Anekdoten, auch grotesker Kurzgeschichten; für viele wird er wohl leider nur Information geben.

Den in der DDR vergebenen „Goethe-Preis der Stadt Berlin“ erhielt der Verfasser von mehr als 30 Büchern als Roman-Autor. Das Leben zweier von den Nazis ermordeter Widerstandskämpfer stellt er in Romanen dar: das von Anton Saefkow in „Keiner wird als Held geboren“, das von Artur Becker in „...und nicht auf den Knien“. Um Karl Liebknecht geht es in „Der anonyme Brief“. Als eindringliche Zeitdokumente hinterließ er zwei Bände seiner Autobiografie: „Des Kaisers Waisenknabe“ und „Des Waisenknaben Sturm und Drang“. Die Vollendung der Trilogie war E. R. Greulich nicht mehr vergönnt.

Horst Heitzenröther

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit tiefer Trauer müssen wir Euch mitteilen, dass Kollegin Marlies Gehrke am 5. Oktober 2005 verstorben ist.

Kollegin Gehrke war seit 1974 Mitarbeiterin in den unterschiedlichen Gewerkschaftsgliederungen.

Bis zu ihrer Berentung aus gesundheitlichen Gründen zum 1. Januar 2004 war sie Verwaltungsangestellte im Landesbezirksfachbereich Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg. Wir werden ihr Andenken bewahren.

Der Landesfachbereich Die Beisetzung findet am Freitag, dem 28. Oktober 2005, 12 Uhr, auf dem Friedhof Berlin-Schönholz, Germanenstraße, (gegenüber Blumenholländer) statt.

Ohne nachträglichen Zorn oder späten Übermut

Henryk Bereska, gest. 11.9.2005



Henryk Bereska

Henryk Bereska war in der Welt wie im Dorf zu Hause. Bereska war einer der großen Übersetzer polnischer Literatur. Er übertrug Brandys, Newerly, Rósewicz, Herbert und viele andere ins Deutsche. Die Gedichte Bereskas hatten im märkischen Kolberg und der brandenburgischen Landschaft ihre Wurzeln. Henryk war ein Mensch von großer Lebens-

fülle, denn er besaß die wunderbare Begabung, weit auseinanderliegende Dinge zu vereinigen. Die stille, in der DDR auf das Übersetzen zurückgedrängte Existenz ertrug er ohne nachträglichen Zorn, die Fülle der Ehrungen nach 1989 ohne späten Übermut. Am 17. Mai 1926 im ober-schlesischen Katowice geboren, war er Soldat, Aussiedler, Student der Germanistik und Slavistik an der Humboldt-Universität, 1953-55 Lektor im Aufbau-Verlag und danach ein „Freischaffender“. Ein freier, kritischer Geist sowieso. Seine Stasiakte zählt 800 Seiten. Als der Poet Bereska vor einiger Zeit im Kolberger „Dorfkrug“ seine Gedichte las, füllten die Dörfler den Tanzsaal des Kruges bis zum letzten Platz. Welche Auszeichnung, fand ich. Sein Grab wird Henryk Bereska auf dem Dorfriedhof haben. Unterhalb des „Berges aus Sand“, auf dem er wohnte und den er besang. **Werner Liersch**

Aus dem Lauf der Zeit zu früh gerissen

Helmut Baierl, gest. 12.9.2005

1926 in der tschechischen Stadt Rumburk geboren, wurde der Sohn eines österreichischen Gymnasialprofessors schon als Schulkind mit dem deutschen Nationalismus konfrontiert. Seine „Universitäten“ erlebte er in der gnadenlosen Realität des Krieges und danach als Landarbeiter.

Mit der Gründung des deutschen Staates, der sich zum Antifaschismus bekannte, konnte er ein Slawistikstudium beginnen. Als junger Dozent in Halle wirkend, nannte er 1952 seinen ersten dramatischen Versuch programmatisch „Ein Wegweiser“. Ein Lustspiel und mehrere Einakter folgten. Sie wiesen ihm 1955 den Weg zum neu geschaffenen Literaturinstitut in Leipzig, 1957 in die Position eines leitenden Lektors im Hofmeister-Verlag und 1959 als Dramaturg und Mitarbeiter an das von Helene Weigel geleitete Berliner Ensemble. Als literarischer Schüler Brechts wurde Baierl 1958 mit

dem Lehrstück „Die Feststellung“ und 1961 mit der Komödie „Frau Flink“ international bekannt.

Seit 1967 freischaffender Schriftsteller, begleitete er – schöpferisch und um ehrliche Analyse bemüht – den Lauf der Zeit, solange es ihm seine schwindende Gesundheit erlaubte. **Hans Müncheberg**



Helmut Baierl

Viel Arbeit – wenig Dank

Gemeinsame VS-Mitgliederversammlung Berlin und Brandenburg

Nach der Einladung beider VS-Vorsitzender in diesem Blatt (von Horst Bosetzky erheiternd formuliert) zur gemeinsamen Versammlung der über 600 Mitglieder, vermerkt die Anwesenheitsliste 35 Gekommene. Ach, ich bewundere die Unermüdlichen für ein derart passives Völkchen!

Kleinliches Hin und Her
statt großer Wurf

Helmut Routschek als Gastgeber vermeldete vom Brandenburger Vorstand immerhin Beachtliches, wenn auch manches, wie z. B. eine erhoffte Unterstützung durch Minister Reiche, wenig Erfolg hatte. Um so mehr die Arbeit in den Schulen, sei es zum 9. November oder das länderübergreifende Projekt „Globalisierung und Literatur/ Schriftstellerinnen und Schriftsteller gehen in die Schule“, seien es Lesungen zum 100. Geburtstag Pablo Nerudas; eine Anthologie „Geschichten aus der Streusandbüchse“ wird vorbereitet.

In seiner zu ironischen Unterbreitungen neigenden Art konnte



Foto: transit

Fusion der Verbände? Unterschiedliche Erfolgsaussichten

Horst Bosetzky für die Berliner bereits auf das Erscheinen des 2. Bandes „Berliner Zehn-Minuten-Geschichten“ (was zu einem 3. verlockt) verweisen, auf den alljährlichen Lesemarathon „Schubladen“; natürlich ebenso erwähnenswert die Schullösungen zum 9. November und, neu seit diesem Jahr, die vierteljährliche Reihe „Fast vergessene Schriftsteller“.

Für die erkrankte Dorle Gelhaar sprang kurzfristig Monika Erhardt ein, um vom Bundeskongress in Ingolstadt zu berichten, was Rüdiger Kurock aus seiner Sicht (kritisch bereits im vorigen Sprachrohr) ergänzte. Ebenso Susanne Alge; als die Debatte in ein kleinliches Hin und Her auszuarnten drohte, wurde sie von Till Sailer sachlich gestoppt. In der an-

schließenden Diskussion ging es vor allem um die Zusammenlegung beider Verbände, deren Erfolgsaussichten unterschiedlich eingeschätzt werden. Am Ende lockten die von -ky angekündigten „beleckten“ Brötchen.

Eigentlich hätte man sich die Berichte sparen können, weil deren Inhalt im Sprachrohr bzw. in „Kunst & Kultur“ nachzulesen waren. Mitgliederversammlungen sollten vor allem dem Meinungsaustausch der Autoren, u.a. mit den Vorständen, dienen, wenngleich dann hauptsächlich Kritisches vorgebracht wird, statt einmal zu würdigen, was und wie viel die Kollegen ehrenamtlich leisten, die alle (wie diejenigen, die solche Versammlungen für nicht wichtig genug halten, um an ihnen teilzunehmen) aktiv Schreibende sind. Da auch ich diesen Dank an Ort und Stelle versäumt habe, möchte ich ihn hiermit nachholen.

Charlotte Worgitzky

LESUNG

Fast vergessene Schriftsteller

Der Dichter Oskar Loerke (1884-1941), der 1913 den Kleist-Preis erhielt, veröffentlichte Lyrik, Erzählungen, Romane und Essays. Zeit- und kulturgeschichtlich interessant sind seine Tagebücher. In ihnen schildert er seinen Zwiespalt zwischen Kreativität und Alltag und das literarische Leben der Zwanziger und Dreißiger Jahre in Berlin. Jutta Rosenkranz stellt Leben und Werk von Oskar Loerke vor, die Zitate aus seinen Büchern liest der Schauspieler Frank Ciazynski.

Begrüßung:

Prof. Dr. Horst Bosetzky, Vorsitzender des Berliner Verbandes deutscher Schriftsteller (VS).

Eine Veranstaltung des Berliner Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) am Donnerstag, dem 8. Dezember 2005 um 19.30 Uhr im Literaturhaus Berlin, Kaminraum

BILLIG UND BRUTAL – DAS PRINZIP LIDL



Lidl die Leviten gelesen

Mit einer bundesweiten Lidl-Kundenwoche machte ver.di im September neuerlich auf die teilweise katastrophalen Arbeitsbedingungen bei dem Billiganbieter aufmerksam. Zehntausende Kunden solidarisierten sich mit den bundesweit 40.000 Beschäftigten und ermunterten sie zur Bildung von Betriebsräten. In den 2.600 Filialen wurden während der Aktionswoche mehr als drei Millionen Kundenkarten an Verkäuferinnen und Kunden verteilt.

Bei einer zentralen Protestaktion vor der Lidl-Filiale Heinrich-Heine-Str. in Berlin-Mitte trat am 23. September neben Politikern von SPD, Grünen und PDS auch der Berliner VS-Vorsitzende Horst Bosetzky ans Rednerpult. Er las aus dem von ver.di herausgegebenen Lidl-Schwarzbuch dem Unternehmen „die Leviten“. An ähnlichen Aktionen im Rahmen der Kundenwoche hatten sich weitere Berliner Schriftstellerinnen und Schriftsteller beteiligt. „Wenn wir Lidl gewähren lassen, werden andere Unternehmen in allen möglichen Branchen folgen. Das gilt es zu verhindern“, sagte Bosetzky.

NEU:

Presseplaner 2006 – für Medienprofis

„Bringen Sie Farbe in Ihre Termine“ heißt es in der Anzeige für den neuen Presseplaner 2006. Für Journalisten und Medienschaffende gibt es jetzt den maßgeschneiderten Taschenkalender in handlichem Westentaschenformat und mit Echtleder-Einband. Er wurde von Journalisten für Journalisten entwickelt und von der dju in ver.di herausgegeben.

Neben dem obligatorischen Termin- und einem Adressteil finden sich auf rund 200 Seiten zahlreiche nützliche Informationen. Der Ratgeberteil ist nach Rubriken wie Finanzen, Werkstatt oder Unterwegs gegliedert und enthält Musterformulare für Auftragsbestätigung und Fototerlaubnis ebenso wie wichtige Zitierregeln. Außerdem gibt es einen Honorarkalkulator, Steuertipps, wichtige Medienrechtshinweise, Rechercheadressen und die neuen Rechtschreibregeln sowie Kompaktdaten zu Deutschland und der EU. Aktuelle Ergänzungen zum Ratgeberteil können sich Käufer kostenlos auf der passwortgeschützten Internetseite www.presseplaner.info herunterladen. Bezugsadresse ist die Verlagsanstalt W. E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Fax: 0711/70 01 53 10, service@verlag-weinmann.de. Bestellungen können auch über die ver.di-Landesbezirke aufgegeben werden. Der in limitierter Auflage erscheinende Presseplaner 2006 kostet 25 € zzgl. Versand.

STAMMTISCH

Nächster dju-Stammtisch am **24. Oktober, ab 19.30 Uhr**. Es geht um das Thema Presserecht. Birgit Wieland, Justiziarin des Berliner Verlags, konnte als Referentin und kompetente Gesprächspartnerin zu allen Fragen des „Was darf ich wie berichten?“ gewonnen werden. Im: „cum laude“, Universitätsstr.

Den Etappensieg begleitet

Info-Offensive der dju in Berlin und Brandenburg



Am 17. September lud die Tageszeitung zur Genossenschafterversammlung. Der Ort war passend gewählt, die Genossinnen und Genossen tagten im Haus der ver.di-Bundesverwaltung. Vor der Tür protestierten Berliner dju-Mitglieder mit einer Flugblattaktion gegen geplante Entlassungen bei der taz. Die Lokalausgaben Bremen, Hamburg und Bochum sollten geschlossen werden. Viele Genossen erfuhren erst durch das Flugblatt, dass sie die Schließung der Redaktionen absegnen sollten und stattdessen Regionalausgaben mit weniger Personal geplant waren. Schätzungsweise 50 bis 60 Arbeitsplätze im Verlag, aber auch in den Redaktionen waren gefährdet.

Am Nachmittag konnten wenigstens die Hamburger und Bremer Kollegen aufatmen: Die Genossenschaftsversammlung lehnte die Schließung ab, bis Frühjahr 2006 soll eine Lösung gefunden werden, die die Arbeitsplätze möglichst nicht berührt. „Diese Entscheidung ist ein Etappensieg für die Beschäftigten. Das geht zwar nicht allein auf unsere Kappe, aber unsere Flugblattaktion hat gezeigt, dass es sich lohnt, für seine Rechte offensiv einzustehen“, betonte Matthias Gottwald, dju-Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg. „Wir werden auch künftig weiteren Stellenabbau und die schwierige Situation

der Freien im Auge behalten und an der Seite der Beschäftigten und Freien kämpfen.“ Details zu der dju-Flugblattaktion stehen auf der Internetseite www.dju-berlinbb.de unter Aktuelles.

Seit Jahresbeginn ist die Internetseite der dju www.dju-berlinbb.de online. Sie ist auch über www.dju-berlin.de und www.dju-brandenburg.de erreichbar. Neben Informationen zu Tarifverhandlungen, Aktionen der dju und Pressemitteilungen ist dort ein umfassender Service – vom Online-Mitgliedsantrag und -Antrag für Presseausweise über Info-Broschüren zum Großteil im Download, sowie Seminare, die aktuellen Tarifverträge, aber auch Links zu wichtigen Rechtsregelungen – zu finden.

Seit einigen Monaten werden die dju-Stammtische aktiver gestaltet. Neben dem Bier im Kollegenkreis stehen dabei vor allem berufliche Fragen im Vorder-

grund. Bernd Hubatschek von MKK Consult informierte über den Start in die Freiberuflichkeit aus der Arbeitslosigkeit, Martin Dieckmann, Medienreferent der ver.di-Bundesverwaltung, über das inzwischen vorerst gescheiterte neue Pressefusionsgesetz, Gunter Haake über Mediafon, das ver.di-Beratungsangebot für Selbstständige, und André Pollmann, Gewerkschaftssekretär Bildung, Wissenschaft und Forschung im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg über Praktika. Die Rechte von Praktikanten, aber auch, ob durch sie Jobs von Festen und Freien gefährdet sind, wird die dju weiterhin beschäftigen. Dies gilt auch für das Thema des nächsten Stammtisches.

Wer keinen dju-Termin verpassen möchte, kann sich mit einer kurzen E-Mail an info@dju-berlinbb.de in den Einladungsverteiler eintragen. Auch Nichtmitglieder sind gern gesehene Gäste. **Sil**



Flugblattaktion für die taz-Genossenschaftler

19. dju-Journalistentag

Eurovision Content – Brüssel re(di)giert mit

Der traditionelle Journalistentag, den die Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion in ver.di gemeinsam mit der Fachgruppe Rundfunk, Film, Audiovisuelle Medien organisiert, widmet sich diesmal dem Thema EU-Recht und seine Auswirkungen

auf Presse und Rundfunk, der Medienfreiheit im „Gemeinsamen Markt“ und den Chancen und Herausforderungen journalistischer Interessenvertretungen im europäischen Rahmen.

Die Veranstaltung findet am 26. November von 10.30 bis

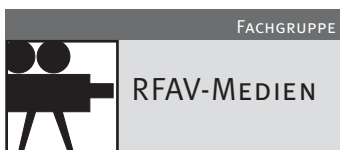
17.00 Uhr im Großen Saal der ver.di-Bundesverwaltung statt.

Am Vorabend gibt es ab 19.30 Uhr eine Abendveranstaltung mit Gesprächen und Musik im ver.di-Bildungs- und Begegnungszentrum Clara Sahlberg in Berlin-Wannsee. Dort kann auch übernachtet werden.

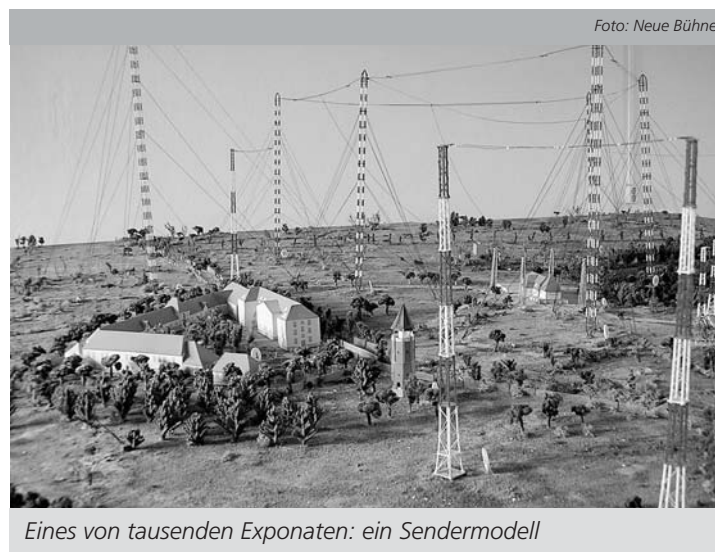
Anmeldungen bitte bis 4. November per Post oder Fax an die dju-Bundesgeschäftsstelle, Paula Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030/ 69 56-36 57

Funkstille auf dem Funckerberg?

Ende des Funktechnikmuseums Königs Wusterhausen müsste zu verhindern sein



„Es ist fünf vor zwölf für die Wiege des deutschen Rundfunks“, lautete vor über zwei Monaten der Satz, mit dem die Deutsche Presseagentur das nahende Ende des Funktechnikmuseums auf dem Funckerberg in Königs Wusterhausen ankündigte. Am 3. August sollten die Räume besenrein übergeben und die Schlüssel abgeliefert werden. So das Kündigungsschreiben der im Auftrag der Telekom handelnden Immobilienfirma. Nach dem künftigen Verbleib der wertvollen Ausstellungsstücke wurde nicht gefragt. Mit diesem Problem ließ man den Förderverein des Museums und die Stiftung Funckerberg allein. Wie verlangt, binnen weniger Tage Zehntausend Einzelstücke, darunter auch Großsender, auszulagern, ohne zu wissen wohin, das war unmöglich. Also tat man das einzig Richtige, nämlich nichts. Die Ausstellung blieb an ihrem Ort. Nur zu besichtigen ist sie nicht, denn das Museum mußte man schließen. Die Schlüssel allerdings befinden sich in den Händen des Förder-



vereins. Dies also ist der gegenwärtige Stand der Dinge. Es geht, wie stets in solchen Fällen, um Geld für den Unterhalt des Museums und der alten Sendehäuser, um die Höhe der Miete und die Verlängerung des Vertrages. Die Telekom als Eigentümerin möchte das ganze Gelände loswerden und bot es dem Land Brandenburg für einen Euro zum Kauf an. Das Land konnte sich die hohen Betriebskosten nicht aufdrücken lassen und lehnte daher dankend ab. Daraufhin fragte die Stadt Königs Wusterhausen nach, ob das Angebot auch für sie gilt.

Wenn die Stadtverordnetenversammlung Mitte Oktober grünes Licht gibt, könnte der Bürgermeister einen Verhandlungsauftrag mit der Telekom erhalten. Alle Hoffnung muss man also noch nicht fahren lassen. Immerhin wäre der Förderverein nach Aussage des Vorsitzenden Rainer Suckow bereit, ein gesondertes Angebot für die Heimstätte des Museums „ernsthaft zu prüfen“. Der Verein hat der Stadt Listen mit 2188 Unterschriften von Personen übergeben, die sich aus dem gesamten Bundesgebiet für den Erhalt des Museums einsetzen.

zen. Der Vorsitzende der Stiftung Funckerberg, Udo Effert, schließt die Übernahme des Geländes nicht aus, würden etwa Telekom, Land, Kreis und Kommune die Unterhaltskosten für das Denkmal-Ensemble unter sich teilen. – Für eine Lösung ist bis 22. Dezember noch Zeit. Das Museum, mit seinen 60.000 Besuchern seit der Gründung vor zehn Jahren, könnte seine Türen wieder öffnen, an der Stätte, an der es an diesem Tag vor 85 Jahren über den Sender der Deutschen Reichspost hieß: „Hallo, hallo! Hier ist Königs Wusterhausen auf Welle 2007“. Nur wer einen selbst gebastelten Detektor-Empfänger besaß, konnte anschließend hören „Stille Nacht – Heilige Nacht“, dargeboten vom Stationsvorsteher an der Ersten Geige, dem technischen Leiter an der Klarinette und einigen chor-singenden Postbeamten. – Auf dem Funckerberg sollte es nicht still werden – in der Nacht vielleicht, aber nicht am Tag! **Bernhard Kellner**

LESERBRIEFE

LESERBRIEFE GEBEN NICHT IN JEDEM FALL DIE MEINUNG DER REDAKTION WIEDER. SINNWAHRENDE KÜRZUNGEN SIND VORBEHALTEN.

Ich finde die Initiative von Sabine Molter zu einem Ost-West-Biografie-Projekt (Sprachr. 4/05) hervorragend. Ihrer Ausgangsthese muss ich allerdings widersprechen. Es entspricht nur der halben Wahrheit, wenn sie behauptet, die DDR-Geschichte werde vom Westen interpretiert, und der Osten nehme sie hin. Seit gut zehn Jahren haben sich bei mir – aus Mangel an anderen Gelegenheiten – fast pfundweise eigenhändige, auf dieses Thema fixierte Leserbriefe an viele scheinbar unterschiedliche Zeitungen ange-

sammelt, die alle nicht veröffentlicht wurden. Folglich wehre ich mich als individueller „Ostler“ dagegen, ich hätte womöglich hingenommen, was man mir voroder nachsagte. Aber auch als kollektiver verweise ich darauf, dass der Osten nicht hinnimmt, sondern nicht hingenommen wird. Mehr noch, dass er verschwiegen wird, sofern er nicht im Mainstream liegt. Es gibt ganze Bücher, in denen zum Ausdruck kommt, wie sehr ostdeutsche Autoren bemüht waren und sind, den Westgeschichten die eigene, DDR-geprägte Sicht sowie das eigene Erleben hinzuzufügen. Meine Beispiel-Reihe heißt „Spurensicherung – So habe ich das erlebt“ und umfasst sechs

Bände mit Titeln wie „Wege in die DDR“, „Leben in der DDR“ oder „Niedergang der DDR“. Diese sind in den letzten fünf Jahren im GNN-Verlag Schkeuditz erschienen. Im selben Verlag schloss sich die Anthologie „Spuren der Wahrheit“ an, deren zweiter Teil für diesen Herbst angekündigt ist. Gut und gerne 150 Autorinnen und Autoren (Hobby- und Berufsschreiber) haben ihre Geschichten beigesteuert und mit eigenem Geld finanziert. Entsprechend „hoch“ ist die Auflage. Diese Maßangabe wird indes nur durch die deutschlandweit demonstrierte Nichtbeachtung dieses Projektes übertroffen.

Torsten Preußing, vormals Stimme der DDR, DS-Kultur

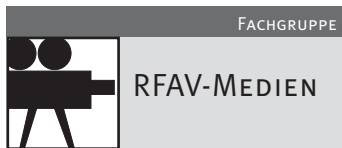
TARIFABSCHLUSS

Verlag Tagesspiegel

Nach fast einem Jahr Verhandlungen wurden für die Angestellten des Verlags Der Tagesspiegel folgende neue Tarifvereinbarungen getroffen: Vollzeitbeschäftigte, deren monatliches Bruttogehalt 2.300 € nicht übersteigt, werden zum 1. Juli 2005 und zum 1. Juli 2006 um jeweils linear zwei Prozent angehoben. Zum 1. Juli 2007 werden die Gehälter aller Verlagsangestellten um 1,5 Prozent angehoben, wenn der Tagesspiegel für 2006 ein positives operatives Ergebnis ausweist. Für 2008 wird über die Entgelte neu verhandelt. Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden in der bisherigen Höhe bis zum Jahre 2010 weiter gezahlt. Bedauerlicherweise war die Geschäftsführung nicht bereit, auch für den Bereich der Redaktion eine Tarifvereinbarung zu treffen. **A.K.**

Erstes Berliner Multiplex-Kino geschlossen

Im Traditionskino Kosmos an der Karl-Marx-Allee sind die Lichter erloschen



FACHGRUPPE

RFAV-MEDIEN

Ein trauriger Abend für die 27 Beschäftigten des Kosmos-Kinos in der Karl-Marx-Allee: Ende Juli schloss sich nach 43 Jahren der Vorhang zum letzten Mal.

In dem zylinderförmigen Bau öffnete 1962 eins der berühmtesten Kinos der DDR mit 1001 Sitzplätzen. Nachträglich in das Ensemble der Zuckerbäckerbauten der Karl-Marx-Allee eingefügt, stand es für Aufbruch und sozialistischen Fortschritt – trichterförmige Deckenlampen im Eingangsbereich sollten an Raketentriebwerke erinnern, schließlich war der Name „Kosmos“ Programm.

Nach der Wende übernahm die UFA Theater AG das Haus und investierte 50 Millionen. Neun unterirdische Säle entstanden, der große Saal wurde modernisiert und auf 986 Plätze reduziert.

1996 öffnete das Kosmos als erstes Multiplex-Kino Berlins mit insgesamt 3.400 Plätzen. Leider musste es nun auch als erstes schließen.

Zwar war der Zuspruch anfangs enorm. Dies änderte sich, als allein zwischen Schönhauser Allee und Potsdamer Platz in den Folgejahren sieben Multiplexe mit 67 Kinosälen öffneten. Zudem war das Kosmos nach neun Jah-

Kluge Hinweise in den Wind geschlagen

ren weder technisch noch optisch auf dem neuesten Stand. Obwohl die Wochenenden gut liefen, reichten die Umsätze nicht aus.

Als die UFA Theater AG im Sommer 2004 insolvent wurde, begann für die Angestellten eine Zitterpartie. Nur spärlich flossen vom Düsseldorfer Insolvenzverwalter Informationen über die Zukunft des Hauses. ver.di setzte

sich mit dem Betriebsrat dafür ein, dass das Kosmos als Filmtheater erhalten bleibt. Eilanträge vor dem Arbeitsgericht, die Entlassungen verhindern sollten, blieben jedoch ebenso erfolglos wie Aufforderungen des Betriebsrates, auch mit anderen Interessenten ernsthaft zu verhandeln. Zum 31. Juli wurde allen Mitarbeitern gekündigt.

Das Haus wurde neu vermietet – an Olaf Ponesky, bis vor kurzem Betreiber des „New World“, einer Großraumdisko im A 10-Center in Wildau. Mit „Schaum-Partys“ und „Popp-Nights“ versuchte er dort Furore zu machen, allerdings ohne dauerhaften Erfolg. Ponesky will nun ab Dezember den großen Saal des Kosmos mit Partys, Galas, Modenschauen, Firmenpräsentationen oder Jugendweihen „multifunktional“ nutzen; Kino soll nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. 15 Mitarbeiter und bis zu 40 Saisonkräfte sollen dann im multifunktionalen Kosmos arbeiten, von

den ehemaligen Kinobeschäftigten ist keiner dabei.

Dietrich Peters, für die Kinos zuständiger Fachsekretär bei ver.di, ist enttäuscht über das Vorgehen

Kulturzentrum im Kiez verloren

des Bezirksamts. Schließlich hätte das Kino im Kiez eine wichtige Funktion für die lokale Kulturszene besessen. „Im Bezirksamt scheint das alles niemanden zu interessieren“, wettete auch der Betriebsrat.

Peters: „Wir haben das Aus schließlich akzeptieren müssen, generell sind bei Insolvenzen die gewerkschaftlichen Möglichkeiten leider begrenzt“. Dies sei jedoch erst der Anfang. Vermutlich werden in Berlin noch weitere Multiplex-Kinos, die aufgrund einer falschen Politik eilig hoch gezogen wurden, schließen müssen. **ucb**

Fröhlichkeit als Lebenslexier

Kollege Otto Wiesner feierte seinen 95. Geburtstag



FACHGRUPPE

LITERATUR

Unser Potsdamer Kollege, der Schriftsetzer und „schreibende Arbeiter“ Otto Wiesner beging bereits im August seinen 95. Geburtstag. Verwandte, Freunde und Weggefährten des Widerstandskämpfers kamen zu der Feier, die die Deutsche Lagergemeinschaft Mauthausen ihrem Kameraden im „Bürgerhaus am Schlaatz“ ausrichtete. Auch der Brandenburgische Ministerpräsident Platzeck gratulierte und dankte ihm für Zivilcourage und ein unermüdliches Wirken im Sinne des Antifaschismus. Der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs sprach die Bitte aus, der Jubilar möge auch weiterhin un-



Foto: transit/v. Polentz

Ministerpräsident Matthias Platzeck gratulierte

ter Jugendlichen und Lesern als Zeitzeuge Gedenkarbeit leisten. „Da könnse sich auf mich verlassen“, versicherte der kleine, ver-

schmitzt wirkende Mann, der nie seinen Humor verliert.

Otto Wiesner wurde 1934 von den Nazis wegen illegaler Tätig-

keit für die KPD verhaftet, zu sieben Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt. Man brachte ihn ins Konzentrationslager Sachsenhausen, später nach Mauthausen, wo er sich an der geplanten Selbstbefreiung durch die illegale Lagerorganisation beteiligte. „Meine Fröhlichkeit im Lager war Medizin für die anderen“, erklärte der 95jährige in ei-

Humorvoll und verlässlich

nem Dokumentarfilm über den Überlebenskampf als KZ-Häftling.

Dass ihm sein Humor erhalten bleibe, wurde dem Jubilar oft auf den Weg gegeben. Wünsche für beste Gesundheit und Schaffenskraft gab es auch von der ver.di-Bezirksvorsitzenden Potsdam-Nordwestbrandenburg Karin Wagner und dem Potsdamer VS-Vorsitzenden Helmut Routschek. Alle Gratulanten waren gebeten, statt aufwändiger Geschenke ein Schülerworkcamp in Mauthausen im Frühjahr 2007 zu unterstützen.

LANDESBEZIRK

Aktuelle Ausstellung in der Medien Galerie, Gewerkschafts-Haus Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U 6 Platz der Luftbrücke): „Kein Bombodrom. Eine Region wehrt sich“. Infos siehe: Seite 3 und www.mediengalerie.org.

Klausurtagung – alle Mitglieder sind herzlich eingeladen – mit den Verfassern der DGB-Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ am Samstag, dem 5. November 2005 von 10 bis 15 Uhr, verdi-Bundesverwaltung, Paula-Tiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Raum Klee/Picasso, 7. Etage. (Nähe Ostbahnhof).

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt oder vom S-Bahnhof Savignyplatz.

Lesung: „Fast vergessene Schriftsteller“: Oskar Loerke am 8. Dezember, 19.30 Uhr, im Literaturhaus Fasanenstr., Kaminraum.

Wider das Vergessen: Lesungen am 9. November in Schulen. Teilnahmemeldungen bitte bis 30. Oktober an die Geschäftsstelle. Tel.: 88 66-54 03.

JOURNALISMUS

Sprechstunden der IOJ: Am zweiten Dienstag jeden Monats von 13 bis 15 Uhr, Raum 4.12 ver.di-Neubau, Köpenicker Str. 30. www.ioj-journalisten-international.de

Journalistenstammtisch: Jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im „cum laude“, Universitätsstr. 4, Ecke Dorotheenstr. (Mitte). 24. Oktober: „Was darf ich wie berichten?“, Presserrecht und Persönlichkeitsrechte, Referentin: Birgit Wieland, Justiziarin des Berliner Verlags. 28. November: Thema und Informationen: www.dju-berlinbb.de. Aufnahme in die Einladungsliste: Mail an info@dju-berlinbb.de.

JOURNALISTEN-SEMINARE

„Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit“ 15. November 2005, 9.30 bis 16.30 Uhr, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 4.12

Tipps und Empfehlungen gibt es vor allem zu: Kontaktaufbau, Marktbeobachtung und -erschließung, Honoraren, Marktpreisen, Informationsbeschaffung, Mehrfachverwertung, Technik und neue Medien, Marktvorteile durch Gemeinschaftsgründungen.

Gebühren: ver.di-Mitglieder zahlen 13 Euro, Nichtmitglieder 50 Euro. Anmeldung: Tel. 030/88 66 41 06, E-Mail: Andreas.Koehn@verdi.de, Post: ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 alle drei Wochen im ver.di-Haus. Rückmeldungen zur Teilnahme bitte an Georgia Weiland (Tel. 030/88 66-54 12). Nächster Termin: 21. November, 15 Uhr.

VERLAGE UND AGENTUREN

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

RFV/MEDIEN

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bahnhof Karl-Marx-Str.) Gedankenaustausch und thematische Schwerpunkte, Rückfragen: Tel. 030/8 34 16 01, Evelin Gundlach und Guenter Messe, Tel. 030/56 82 48 40.

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30. Kontakt: Ulla Pingel, Tel.: 030/621 24 50, E-Mail: ulla.pingel@gmx.de. Volker Prasuhn, Tel.: 030/859 27 52 E-Mail: v.prasuhn@gmx.de. Bernd Wagner, Tel.: 01 60/770 59 05 E-Mail: bewa2@gmx.de

Redaktion „Forum der Nichtarbeit“ produziert ein wöchentliches tv-Magazin, Ausstrahlung im „Offenen Kanal Berlin“ jeden Sonntag 20.30 Uhr, montags 19 Uhr. Die Crew freut sich über weitere Mitstreiter, Redaktionstreffen donnerstags 20 Uhr, Tel. 030/220 13 755 oder 030/25 01 52 24.

PAPIERVERARBEITUNG

Fachgruppenversammlung an jedem zweiten Dienstag im Monat um 16.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Köpenicker Str. 30.

MUSIK

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes eingeladen! Die Vorstände tagen am 18. November Köpenicker Str. 30. Tel. 030/88 66-54 02.

CONNEXX.AV

Second-Tuesday-Stammtisch für freie und selbstständige Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien. Nächste Termine: 8. November und 13. Dezember, Themen und weiteres siehe: www.connexx-av.de.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alter Krug“. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: Mitgliederversammlung am 16. November, 14 Uhr, Funkhaus Nalepastraße, Sendesaal Block B, Thema siehe Seniorenecho.

Hanns-Eisler-Kreis 30. November, 14 Uhr, zum BGH-Urteil: „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ – nicht strafbar. Mit Kurt Julius Goldstein (Seniorenecho beachten) Gäste willkommen!

SEMINAR

Arbeitslosengeld und freiberufliche/selbstständige Tätigkeit. Unter welchen Voraussetzungen besteht ein Anspruch? Interessierte ALG-II-EmpfängerInnen können sich informieren, unter welchen Bedingungen sie im Rahmen einer selbstständigen oder freiberuflichen Tätigkeit Arbeitslosengeld erhalten. Themen wie Einkommensanrechnung, Freiberträge, Selbsteinschätzung und Beiträge zu Kranken- und Künstlersozialkasse werden erörtert so-

wie Fallbeispiele erarbeitet und Fragen aus dem Teilnehmerkreis beantwortet. Termin: 17. November, 9.30 bis 16 Uhr, ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, Raum 604. Anmeldung erforderlich unter Tel. 88 66-41 50.

INTERNET

Sprachrohr im Internet: Auf dem Internetportal der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Berlin-Brandenburg ist neuerdings auch ein Link zum Sprachrohr gesetzt. Wer seine Mitgliederzeitschrift online lesen oder im Archiv grasen möchte, gehe zu: www.dju-berlin.de oder www.dju-brandenburg.de

BILDENDE KUNST

Gabriele Münter Preis 2007 für Bildende Künstlerinnen. Ein-sendeschluss für Bewerbungen ist der 31. Oktober 2005. Nähere Informationen unter: Gabriele Münterpreis Büro, Ulrike Mond, Im Krausfeld 10, 53111 Bonn, Tel. 0228/69 19 55, Fax: 0228/69 61 64

Sprachrohr 6/05

erscheint am 12.12.05
Redaktionsschluss am 14.11.05

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel.: 030/88 66-6.
Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrllich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/613096-64, Fax: 030/613096-66.
nehrllich@pressebuero-transit.de
Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/613936-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Henke-Druck, Plauener Straße 160, 13053 Berlin
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

Fuchteln mit dem scharfen Schwert

Ganze 45 Tage war der heute 55jährige Buchdrucker Herbert V. (Namen von der Red. geändert) im vergangenen Jahr in einer alteingesessenen Berliner Stanzerei beschäftigt – zum Einrichten und Stanzen vorgefertigter Kundenaufträge wie Deckblätter oder Werbeaufkleber, mit untertariflichem Stundenlohn bei offiziell 40stündiger, tatsächlich aber darüber liegender Arbeitswoche.

Die Freude über den Arbeitsplatz nach langer Arbeitslosigkeit verpuffte rasch. Schon nach drei Tagen hielt V. eine Abmahnung wegen Missachtung von Anweisungen und Minderproduktion von Kalenderkärtchen samt Bescheid über dementsprechenden Lohnabzug in der Hand. In die Spezifika des neuen Arbeitsfeldes war er nicht eingewiesen worden und für die Endkontrolle nicht verantwortlich. Der Lohn für zwei Arbeitstage wurde sofort einbehalten. V. wehrte sich, suchte Hilfe bei ver.di. Prompt folgte Ende November die fristlose Kündigung, gepaart mit weiteren Vorwürfen zu ungenauer und oberflächlicher Arbeitsleistung.

Arbeitgeber C. findet vor dem Landesarbeitsgericht – vor dem im September in der Berufungsverhandlung zum Urteil des Arbeitsgerichtes vom Juni über die Zulässigkeit der außerordentlichen Kündigung verhandelt wurde – markige Worte über seinen ehemaligen Mitarbeiter. Der Mann sei gefährlich, jede Stunde habe man befürchten müssen, dass etwas passiert, er habe viel kaputt gemacht und Jahresaufträge von großen Kunden gefährdet. Offensichtlich sei sein Beschäftigter verärgert gewesen, eine Stelle zu bekommen, unterstellte C. und zog mit abwegigen Argumenten

ins Feld: V. betreibe neben seiner Arbeit eine fahrbare Fischräucherrei, für die er den Fisch selbst von der Küste besorge, und habe eine Erbschaft getätigt. Damit sei das Unternehmen als Arbeitgeber offenbar störend geworden. V. habe die grob fahrlässigen Fehler vorsätzlich entstehen lassen, um eine Kündigung zu provozieren, formulierte C. gar in Richtung Arbeitsamt. Ein solcher Arbeitnehmer sei unzumutbar und verdiene keinen Schutz. Die außerordentliche Kündigung sei gerechtfertigt.

Er ziehe da das schärfste Schwert, machte die Richterin auf die Wahl der Waffen aufmerksam. Wenn die Arbeitsweise wirklich so unzumutbar gewesen sei, warum habe er als Arbeitgeber nicht

Günde fürs Feuern konstruieren

mit 14tägiger Frist in der Probezeit gekündigt? Das sei einfacher und vom Gesetz gedeckt. Für eine außerordentliche Kündigung müssten gravierendere Gründe als Fehler oder teilweise Minderleistungen vorgebracht werden. Außerdem frage sie sich, warum eine solche dann nicht sofort, sondern erst fast zwei Wochen nach den letzten fehlerhaften Arbeiten ausgesprochen wurde.

Ihr Vorschlag, aus „prozessökonomischen Gründen“ auf die außerordentliche Kündigung zu verzichten und sich auf die ordentliche Kündigung zu einigen, stieß bei Arbeitgeber C. auf taube Ohren. Es ginge ihm nicht um Geld – das er dann allerdings noch an den gekündigten V. zu zahlen hätte – sondern ums Prinzip. Er habe einem älteren Arbeit-

nehmer eine Chance gegeben und dieser hätte sie weggeworfen, erhob er sich auf die moralische Ebene. Er dagegen müsse weiterarbeiten und wolle seinen Stanzen klar machen, dass es so nicht geht. Die Kammer solle sich gut überlegen, ob sie nicht so den letzten Arbeitgeber aus Berlin vertreibe, wurde er heftig.

Herbert V. weiß, warum sein ehemaliger Chef ein Exempel statuiert sehen möchte. Geht es doch nach seinen Erfahrungen in dieser Firma um unablässigen Druck, ums Kassieren von staatlichen Zuschüssen für ältere Arbeitnehmer und Handhabe fürs Heuern und Feuern, wenn Förderungen auslaufen. „Ich bin der einzige, der sich gewehrt hat. Das irritiert den Chef, der mir andererseits mehrfach versichert hat, was für ein guter Mann ich wäre, habe ich doch ein Stanzverfahren für die schnellere Erledigung von Großaufträgen modifiziert. Gekündigt hat er, als mein ver.di-Rechtsanwalt wegen des aus meiner Sicht völlig ungerechtfertigten Lohnabzugs sich bei ihm meldete. Alle anderen Kolleginnen und Kollegen haben Angst und schweigen, nehmen unzumutbare Arbeitsbedingungen wie das unbezahlte Weitermachen nach dem Ausstempeln zum Feierabend hin. Ja, sie wehren sich nicht einmal, wenn sie entlassen sind, aus Furcht, sogar dann könnten ihnen ihr einstiger Chef noch schaden. Von 18 Beschäftigten zu meiner Zeit sind sechs schon wieder rausgeschmissen worden.“

Das Gericht entschied nun, dass die außerordentliche Kündigung gegenstandslos ist und der Beschäftigte nur fristgemäß während der Probezeit zu kündigen war. Der Lohnausfall während der

Kündigungsfrist wird ihm nachzahlen sein. Dies und der für die zwei Tage einbehaltene Lohn wird bereits auf anderer Ebene mit Unterstützung von ver.di eingeklagt.

Despoten üben schamlos Druck aus

Für Constanze Lindemann, selbst gelernte Druckerin und Vorsitzende des ver.di Landesfachbereichs 8, ist es mit dieser Urteilsfindung wichtig, dass Willkür Einhalt geboten wird und Beschäftigte Mut finden, sich mit Hilfe der Gewerkschaft gegen „Arbeitgeber zu wehren, die glauben abhängig Beschäftigte wie Leibeigene behandeln zu können“. An diesem Fall sei deutlich geworden, wie Realität heute hinter den Betriebstoren aussehen kann. „Die Arbeitslosigkeit schwappt in den Betrieb hinein und wird schamlos als Druckmittel benutzt“, konstatiert Lindemann. „Leider regiert bei vielen Beschäftigten die Angst, sich gegen diese feudalen Verhältnisse zur Wehr zu setzen. Hier hat es einer gewagt und gewonnen. Das ist gut.“

Steffen Damm, ver.di-Rechtsanwalt, kommentiert: „Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht haben dem Arbeitgeber die aus guten Gründen gezogenen rechtlichen Grenzen seines Tuns aufgezeigt. Mir war schon unverständlich, warum das Berufungsverfahren gegen das überzeugend begründete Urteil der 1. Instanz überhaupt angestrengt wurde. Fälle wie dieser zeigen, dass der Arbeitnehmerschutzgedanke im Arbeitsrecht alles andere als überholt, sondern essentiell notwendig ist.“

B. E.